

ROTER BLOCK GEGEN

FASCHISMUS
KLASSEJUSTIZ
POLIZEITERROR

AUS DEM INHALT:

Februar-März-Kampagne
der RH

Winterhilfskampagne
1931/32

Verstärkter Terror — Ver-
besserte Organisation
Erfolge der Betriebsarbeit
in Sachsen

Hinterherstreifen
Vorwärtstrotten oder
Es kommt ja keiner in

die Versammlung
Offizialverteidigung
Haltbeschwerden und ihre
Ausweisung

RH-Jugend und -Pioniere
Rote-Hilfe-Agitator



Funktionär-
Organ der RHD

INHALTSVERZEICHNIS

ALLGEMEINER TEIL

| | |
|----------------------------------------------------------------------------|---|
| Februar-März-Kampagne der RH | 1 |
| Die Februar-März-Kampagne wird unter folgenden Losungen durchgeführt | 4 |
| Die Winterhilfskampagne 1931/32 | 5 |

DIE PARAGRAPHEN-SEITE

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Haftbeschwerden und ihre Auswirkung | 7 |
| Offizialverteidigung | 8 |
| Zurückertattung von Polizeihafkosten | 10 |
| Erfordernisse für eine erfolgreiche Verteidigung | 10 |
| Kassiber — eine Handhabe der Klassenjustiz zur Verurteilung revolutionärer Arbeiter | 12 |

AUS DER PRAXIS - FÜR DIE PRAXIS

| | |
|----------------------------------------------------------------------|----|
| Verstärkter Terror — verbesserte Organisation | 13 |
| Erfolge der Betriebsarbeit in Sachsen | 16 |
| Hinterhertrotten oder vorwärtstreiben | 18 |
| Es kommt ja keiner in die Versammlung | 20 |
| Unsere Arbeit auf dem Gebiet der Kollektivmitgliedschaften | 21 |
| Das sollten alle nachmachen | 24 |
| Jeder Arbeiter in der Sowjetunion | 30 |
| Unsere Aufgaben auf dem Gebiete der Frauenarbeit | 25 |
| Mordregister des Faschismus | 25 |
| Unsere Aufgaben auf dem Gebiete der Frauenarbeit (Fortsetzung) | 26 |

RH-JUGEND UND -PIONIERS

| | |
|---------------------------------|-------|
| So arbeitet unsere Jugend | 27 |
| Ueberall Pioniergruppen | 28/29 |

DER ROTE HILFE-AGITATOR

| | |
|------------------------------------------------|-------|
| Die steigende Welle der Verurteilungen | 31 |
| Der Nazimordterror gegen die Werktätigen | 31/32 |

ROTER BLOCK

gegen Faschismus, Klassenjustiz, Polizeiterror

Jahrgang 2 Februar 1932 Nummer 10

Funktionärzeitschrift der Roten Hilfe Deutschlands

Februar-März-Kampagne der RH

Vorwärts zur Millionen-Bewegung

Vorweg: Die Situation gestattet uns keine Atempause! Die kommenden Monate müssen mehr als je zuvor im Zeichen der Massenmobilisierung und Massengewinnung stehen. Die Lage erfordert die höchsten Anstrengungen. Im Vordergrund unserer Aufgaben während der Februar-März-Kampagne steht die Tätigkeit der Roten Hilfe bei der Mobilisierung für die Streiks und der Einsatz aller Kräfte bei den stattfindenden Wahlen und Volksabstimmungen.

Die Tätigkeit unserer Organisation und unserer **Mithilfe bei den Streikkämpfen** ist in besonderen Richtlinien festgelegt. Sie besteht in erster Linie in der breitesten Massenaufklärung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen über die Gewaltmethoden der staatlichen Organe zur Unterdrückung der Streiks und des Verhaltens der Arbeiter dagegen, sowie über die Rolle der sowohl von den Nazi, wie von den reformistischen Gewerkschaften organisierten Streikbrecherkolonnen. **Funktionäre der RH** müssen also **in allen Kampfausschüssen und Streikleitungen** vertreten sein und die Fragen des Terrors, der Justiz und des Betriebsfaschismus in Verbindung mit den Streiks stellen.

Bei den kommenden Wahlen ist Grundsatz, daß unsere Arbeit nicht im Sinne des bürgerlich-sozialdemokratischen Wahlrummels, sondern als **außerparlamentarische Massenmobilisierung in der roten Einheitsfront gegen die faschistische Front Hitler-Brüning-Wels** geführt wird. Dabei tritt die RH **selbständig auf**, führt eigene Veranstaltungen durch, gibt eigenes Material heraus und mobilisiert alle ihre Mitglieder als Wahlhelfer gegen die Front des Faschismus. **Im Mittelpunkt unserer Wahlparolen muß stehen**

der Kampf gegen die Ausnahmegesetze, gegen Justizverfolgungen, gegen den faschistischen Blutterror, gegen die Verschärfung des Gefängnisregimes — für die Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen. Die Forderung auf Vollamnestie muß nicht nur vor den Gegnern in den Versammlungen usw. gestellt, sondern . .

in alle Betriebe und Kontore, in alle Stempelstellen und Wohlfahrtsämter, in alle Versammlungen, in die Städte und Dörfer getragen werden. Während die Verfechter des Hunger- und Terrorurses Brünings sich um die Eroberung der Staatspründe herum-schlagen, müssen wir die Millionenmassen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in der revolutionären Einheitsfront zusammenschmieden. Klasse gegen Klasse.

Der Auftakt zur Februar-März-Kampagne erfolgt in der Woche vom 13. bis 21. Februar mit der Durchführung von Veranstaltungen, in allen Ortsgruppen Mobilisierung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen unter der Parole:

„Hilfsaktion den 7000“

Mit dem Auftakt wird verbunden eine Frauenwerbewoche der RH, die gleichzeitig eine Mobilisierungskampagne für die in den Bezirken stattfindenden „Kongresse werktätiger Frauen“ und den am 8. März stattfindenden Internationalen Frauentag sein muß (siehe auch bes. Frauenartikel).

Am 25. Februar ist der Welterwerbslosentag, der uns Veranlassung sein muß zur verstärkten Arbeit unter dem Sechsmillionenheer der Erwerbslosen. Sie sind dem polizeilichen und faschistischen Terror in besonders hohem Maße ausgesetzt. Sie leiden am meisten Hunger. Die Nazibanditen machen alle Anstrengungen, um die Erwerbslosen für die Interessen der Kapitalisten zu gewinnen. Um so mehr müssen wir alles daran setzen, um den Kampf der Erwerbslosen aufs engste zu verbinden mit den Tageskämpfen des Gesamtproletariats und sie restlos in die rote Einheitsfront einzugliedern. Massendiskussionen auf den Stempelstellen, Verbreitung unseres Materials, Literatur und Tribunal.

In der Durchführung unserer Arbeit während der Kampagne muß alles darauf eingestellt werden, um am Tag der Pariser Kommune,

am 18. März den Höhepunkt der Kampagne

zu erreichen. In der Woche vom 13. bis 18. März im ganzen Reihe Veranstaltungen, die im Zeichen des Kampfes gegen den internationalen Terror und Faschismus, gegen koloniale Unterdrückung und Rassenverhetzung stehen und an denen die Be-

deutung des Sieges der proletarischen Revolution in der Sowjetunion, ausgehend von der Pariser Kommune, besonders hervor-gehoben und in ihrem ganzen Ausmaß vor den Arbeitern auf-gerollt wird.

In Verbindung damit wird der 18. März als

Gedenktag der Opfer des Klassenkampfes

durchgeführt. Keine Ortsgruppe ohne eine entsprechend der Bedeutung des Tages durchgeführte Veranstaltung. Die Bezirksvorstände werden dazu besondere Anweisungen an die Ortsgruppen geben.

Als Sammellosung für die Kampagne gilt die Losung

Gebt den Gefangenen Groschen

Stärkste Sammelstätigkeit während der gesamten Kampagne. Dazu besondere zentrale Sammeliste und die Gefangenen-groschenmarke. In Verbindung mit den Wahlen und Volksabstimmungen, bei denen die Massen in erhöhtem Maße in Bewegung sind, muß eine Steigerung der Werbe- und Sammelstätigkeit eintreten. Unter keinen Umständen dürfen die Sammlungen für die Aufgaben der Roten Hilfe durch Sammlungen anderer Organisationen irgendwie gehemmt werden.

Ebenso wichtig ist die verstärkte Werbung von Mitgliedern für die Organisation. In der Winterhilfe wurde das gesteckte Werbeziel nicht ganz erreicht. Wir haben Beispiele glänzender Werbemöglichkeiten. In einer einzigen Versammlung in Leipzig wurden 217 Mitglieder in die RH aufgenommen. Diese Möglichkeiten werden in den kommenden Monaten noch günstiger sein. Wenn wir verstehen, unsere politische Arbeit mit dem Kampf um die Gesamtinteressen der proletarischen Klasse aufs engste zu verbinden, wird es uns nicht nur gelingen, bei der Mobilisierung der roten Einheitsfront gewaltige Erfolge zu erzielen, sondern auch die Mitgliederzahl der Organisation zu verdoppeln.

Die kommenden Monate stellen an unsere Organisation die größten Anforderungen. **Nicht Wahlmechanismus, sondern Massenarbeit**, Eroberung der Betriebe, Gewinnung der SPD.- und christlichen Arbeiter, Vorstoß aufs Land, Mobilisierung der Erwerbslosen, stärkere Heranziehung der Frauen, Einsatz der Jugend- und Pioniergruppen, der Kollektivmitgliedschaften, weiterer Ausbau des Spenderkreises. Mobilisierung aller Kräfte der Organisation zur Erfüllung der uns gestellten Aufgaben.

Die Februar-März-Kampagne

wird unter folgenden

LOSUNGEN

1. Schließt die Einheitsfront zum Kampf gegen Mordfaschismus, Polizei- und Justizterror!
2. Eiserne Front ist Brüning-Front!
Brüning-Front bringt Hunger und Kerker!
Massenkampf und Solidarität
brechen Ketten und Not!
3. Fort mit allen Notverordnungen, Sondergerichten und Ausnahmegesetzen!
4. Nieder mit dem Polizei- und Justizterror gegen Streikende und Erwerbslose!
5. Kampf gegen Massenverhaftungen und Terrorurteile!
6. Massenkampf für die Freilassung aller revolutionären Arbeiter und Bauern!
Für Vollamnestie aller eingekerkerten Kämpfer und der Opfer der Hungerdiktatur und des § 218!
Heraus mit Karl Peters, Scheringer und Klaus Heim!
7000 proletarische politische Gefangene appellieren:
Erkämpft die Vollamnestie!
7. Helit und kämpft mit der Roten Hilfe



Gebt den Gefangenengroschen!

Jeder ROTE HELFER führt ständig die Gefangenengroschen-Marken bei sich und setzt sie um.
eder Werkätige nimmt in den Monaten Februar und März mindestens eine Marke.

Die Winterhilfskampagne 1931-32

Eine endgültige Stellungnahme zu der diesjährigen Winterhilfskampagne ist bei der Drucklegung des „Roten Block“ noch nicht möglich. Die Monate November und Dezember ermöglichen aber schon einen allgemeinen Ueberblick.

Die diesjährige Winterhilfskampagne stand im Zeichen des Kampfes gegen den internationalen weißen Terror, gegen National- und Sozialfaschismus, gegen Diktaturverordnungen und Standgerichte, gegen Klassenjustiz und Gefängnisgreuel. Kampf für die Vollamnestie für alle revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten. Massen mußten erfaßt werden, wenn der Erfolg gesichert sein sollte.

Ungeheure Hemmungen standen diesem Ziele entgegen, die Verfolgungen durch die Polizei waren enorm. Die Notverordnungen hemmten das Versammlungsleben sehr stark und doch konnte die Organisation eine Reihe von wichtigen Konferenzen und Massenversammlungen durchführen und, was das wichtigste ist, in vielen Betrieben Fuß fassen.

Wie steht es aber mit der Erreichung der praktischen Ziele in der Gewinnung von hunderttausend neuen Mitgliedern? Die Organisation hat im Jahre 1931 rund 140 000 neue Mitglieder aufgenommen. Es ist somit ein starkes Anwachsen der Organisation festzustellen. Heute haben wir rund 300 000 Mitglieder. Aber die Fluktuation ist noch sehr stark und es müssen alle Kräfte darauf konzentriert werden, alle neu aufgenommenen Mitglieder zu erfassen und der Organisation zu erhalten.

Wir müssen aber feststellen, daß die Neuaufnahmen in den Monaten November/Dezember nicht höher waren, als in den Monaten vorher. Die Organisation hat es also nicht verstanden, neben der Sammlung auch eine erhöhte Werbekraft zu entfalten. Nur dort, wo die Leitungen auf wichtige politische Ereignisse rasch reagierten und neue Methoden in der Werbung anzuwenden verstanden, konnte eine wesentliche Steigerung der Mitgliederbewegung erreicht werden. So z. B. in Sachsen, wo sowohl in bezug auf Neuaufnahmen als auch auf Schaffung von Betriebsgruppen gute Erfolge zu verzeichnen sind.

In den Monaten November/Dezember sind nur 25 000 Mitglieder

aufgenommen worden. Dieser Zustrom und Werbung von neuen Mitgliedern ist zu gering. Jede Ortsgruppe, jeder Bezirk, jede Leitung muß untersuchen, wo die Ursachen dieses Versagens liegen. Wenn es uns bei diesem wachsenden Terror, bei dieser dauernden Verelendung nicht gelingt, die Massen in noch größerem Maße für uns zu gewinnen, dann wird die Rote Hilfe ihr großes Kampf- und Solidaritätswerk nicht erfüllen können.

Ein anderes Gebiet unserer Arbeit beleuchtet auch den Stand unserer Organisation. Im Jahre 1930 hatten wir eine Gesamteinnahme in den Bezirken von 870 465 Mark. Im Jahre 1931 waren es 1 210 998 Mark, also 250 000 Mark mehr. Diese Leistung ist besonders hoch zu werten, wenn man bedenkt, wieviel fleißige tägliche Kleinarbeit und Opfermut notwendig ist, um diese Summe zusammenzutragen.

Aber — unseren Direktivplan haben wir nicht erfüllt. Im Durchschnitt blieben wir 9 Prozent hinter unserem gesteckten Ziele zurück. Der Bezirk Saargebiet hatte eine geringere Einnahme wie im Jahre 1930. Die Einnahmen der Gesamtorganisation waren im November d. J. um 33 000 Mark höher wie im gleichen Monat des Vorjahres.

Der gesamten 25prozentigen Steigerung der Einnahmen steht eine über 100 Prozent gesteigerte Zahl von Anklagen und Unterstützungen gegenüber. Hier bei der Massennarbeit, bei der Aufbringung der Mittel hat die Organisation trotz guter Erfolge Tempoverlust.

Nach dem Abschluß der Winterhilfskampagne werden wir eine eingehende Würdigung und Kritik bringen. Heute aber gilt es, die nächste große Aktion vorzubereiten. Wir müssen in der Februar-März-Kampagne vieles nachholen. Es gibt kein Ausruhen, die Zeit erfordert eine 100prozentige Anspannung aller Kräfte, sonst werden wir unsere Aufgaben im Kampf gegen Klassenjustiz und Terror nicht erfüllen können.

Jeder muß wissen,

wie er sich vor der Polizei, bei Haus-suchungen, vor Gericht und im Gefängnis zu verhalten hat.

Dies zeigt der Lichtbildstreifen „Der Proletarier vor Gericht“, der soeben vom Zentralvorstand herausgegeben wurde.

Jede Ortsgruppe fordert sofort den Lichtbildstreifen bei ihrem Bezirksvorstand an.

DIE PARAGRAPHEN-SEITE



Haftbeschwerden und ihre Auswirkung

Gegen einen Haftbefehl kann man Beschwerde einlegen. Der Inhaftierte, der natürlich den Wunsch hat, so schnell wie möglich wieder auf freien Fuß zu kommen, ist in den meisten Fällen davon durchdrungen, daß eine Haftbeschwerde die Freilassung beschleunigt. Dazu ist gerade die Haftbeschwerde das am wenigsten geeignete Mittel.

Was geschieht nämlich, wenn der Inhaftierte Haftbeschwerde einlegt?

Der Amtsrichter klappt den Aktendeckel zu und gibt die Akte mit der Beschwerde an das Landgericht. Zunächst ist der Weg vom Amtsgericht bis zum Landgericht nicht so kurz, wie der Laie, der den büromäßigen Gang nicht kennt, annimmt. Solche Reise kann selbst dann, wenn Amts- und Landgericht im gleichen Hause sind, unter Umständen drei Tage dauern. Am Landgericht müssen, abgesehen von der Staatsanwaltschaft, sich mit der Sache drei Richter befassen. Liegt die Entscheidung auf die Beschwerde vor, so sind, bis der Inhaftierte Nachricht hat, 8 bis 14 Tage vergangen. Und er bekommt dann zu hören, daß seine Beschwerde verworfen wurde. Der Gang des Verfahrens aber ist immer noch in demselben Zustand, wie in dem Augenblick, als der Verhaftete die Beschwerde einlegte, denn alle Ermittlungen ruhen inzwischen, weil die Akte beim Landgericht lag. Kostbare Zeit ging verloren. Inzwischen hätten die Zeugen vernommen werden können, die zu bestätigen in der Lage sind, daß der Beschuldigte zur fraglichen Zeit wirklich nicht am Tatort gewesen ist. Man wäre inzwischen vielleicht schon so weit, daß der Tatverdacht beseitigt wäre und der Verhaftete auf freien Fuß käme — statt dessen beginnen jetzt mit etwa 14 Tagen Verspätung diese Ermittlungen.

Weshalb sind Haftbeschwerden meist aussichtslos?

Der Amtsrichter erläßt den Haftbefehl, weil Tatverdacht vorliegt und wie immer, wenn es sich um Anklagen gegen revolutionäre Arbeiter handelt, Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr angenommen wird. Das Landgericht wird in den seltensten Fällen zu einem anderen Ergebnis kommen als der

Amtsrichter. Es hat daher kaum Zweck, dem Landgericht schon jetzt die Akte zur Entscheidung der Beschwerde vorlegen zu lassen.

Weshalb sind Haftbeschwerden meist aussichtslos? Der richtige Weg

ist vielmehr nicht Haftbeschwerde einlegen, sondern
einen Haftentlassungsantrag

einreichen (der nicht an das Landgericht weiter geht) und in Verbindung mit dem Antrag Zeugen zu benennen, die zur Beseitigung des Tatverdachts bzw. des Fluchtverdachts und der Verdunklungsgefahr dienen können.

Da die Rote Hilfe in Haftfällen regelmäßig einen Anwalt beauftragt, empfiehlt es sich, nicht durch vorilige Haftbeschwerde das Verfahren selbst zu verschleppen, sondern abzuwarten, bis der Anwalt der RH. mit ihm die Sache besprochen hat und dann so zu verfahren, wie der Verteidiger ihm rät.

Offizialverteidigung

Wir bringen nachstehend einen Artikel des Rechtsanwalts Dr. Litten über die Offizialverteidigung. Wir zahlen augenblicklich monatlich etwa 40 000 Mark an Rechtsschutzkosten. Es ist infolge des täglich wachsenden faschistischen und Polizeiterrors nicht möglich, bei allen kleinen Prozessen Rechtsanwälte zu stellen. Es ist notwendig, daß wir die Stellung der Offizialverteidiger ausnutzen. Ob die Stellung eines Offizialverteidigers angenommen werden kann, darüber muß von Fall zu Fall entschieden werden. Es kommt hier auf das Delikt und die Wichtigkeit des Prozesses sowie auf die politische Einstellung des in Betracht kommenden Offizialverteidigers an.

Ein Offizialverteidiger, d. h. ein Verteidiger, der vom Gericht bestellt und aus der Staatskasse bezahlt wird, muß nach § 140 der Strafprozeßordnung dem Angeklagten in folgenden Fällen bestellt werden:

1. In Sachen, die in erster Instanz vor dem Reichsgericht, dem Oberlandesgericht oder dem Schwurgericht zu verhandeln sind. Vor dem Reichsgericht oder Oberlandesgericht sind in erster Instanz Hochverrat, Landesverrat und Kriegsverrat zu verhandeln. Zur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehören alle Verbrechen, bei denen die Höchststrafe 10 Jahre Zuchthaus oder Festung übersteigt.
2. In allen Sachen, wenn der Angeschuldigte taub oder stumm ist.
3. In den vor dem Amtsrichter oder dem Schöffengericht zu verhandelnden Sachen, wenn eine Tat den Gegenstand der Untersuchung bildet, die nicht nur wegen Rückfalls ein Verbrechen ist. (Verbrechen sind Straftaten, die mit dem Tode, mit Zuchthaus

oder mit Festungshaft von mehr als 5 Jahren bedroht sind.)

In diesen Fällen muß aber die Bestellung des Offizialverteidigers nur erfolgen, wenn der Angeklagte sie innerhalb einer Frist von drei Tagen, nachdem er zur Erklärung über die Anklageschrift aufgefordert ist, beantragt. Diese Bestimmung ist den meisten Angeklagten nicht bekannt. Das amtliche Formular, mit dem die Anklageschrift übersandt wird, enthält auch keinen Hinweis darauf. Die Rechtslage wird für den rechtsunkundigen Angeklagten dadurch noch unklarer, daß ihm zur Erklärung über die Anklageschrift meistens eine längere Frist, also etwa von fünf Tagen oder einer Woche, gesetzt wird. Gibt nun der Angeklagte etwa rechtzeitig am vierten Tage nach der Zustellung der Anklage irgendwelche Erklärungen auf die Anklageschrift ab und beantragt gleichzeitig Bestellung eines Offizialverteidigers, so wird dieser Antrag als verspätet zurückgewiesen. Diese komplizierte Bestimmung und das geflissentliche Schweigen des amtlichen Formulars spart dem Staat alljährlich große Summen.

Endlich kann das Gericht nach freiem Ermessen auch in allen anderen Fällen einen Offizialverteidiger bestellen. Das geschieht z. B. häufig dann, wenn der Angeklagte wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen oder wegen besonderer Schwierigkeit des Falles zur ausreichenden eigenen Verteidigung nicht in der Lage ist. Ein Anspruch auf Bestellung eines Offizialverteidigers besteht aber in solchen Fällen nicht. Insbesondere ist es für die Frage der Offizialverteidigung nach geltendem Recht ganz gleichgültig, ob der Angeklagte mittellos ist. Liegt einer der unter 1—3 aufgezählten Fälle vor, so muß das Gericht dem Angeklagten, wenn er keinen Verteidiger wählt, einen Offizialverteidiger bestellen. Und liegt keiner dieser Fälle vor, so braucht das Gericht auch einem mittellosen Angeklagten keinen Verteidiger zu bestellen und tut es auch meistens nicht. Es ist deshalb für den Angeklagten unter allen Umständen zwecklos, sich für ein Strafverfahren ein Armutzeugnis zu besorgen.

Die Auswahl des Offizialverteidigers erfolgt durch den Vorsitzenden aus der Zahl der am Orte des Gerichts ansässigen Anwälte. Früher wurde häufig auf Wünsche der Angeklagten, die zu einem bestimmten Anwalt besonderes Vertrauen hatten, Rücksicht genommen. Heute gehen zahlreiche Gerichte dazu über, die Offizialverteidiger grundsätzlich nach der Reihenfolge einer alphabetischen Liste auszuwählen, ohne die Wünsche der Angeklagten zu berücksichtigen. Das führt insbesondere in politischen Pro-

zessen zu unerträglichen Ergebnissen.

So ist es zum Beispiel kürzlich in Berlin passiert, daß einem kommunistischen Angeklagten in einem politischen Prozeß ein Anwalt beigeordnet wurde, der in den Reihen der Kommunistischen Partei für den intellektuellen Urheber des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gehalten wird. In diesem Falle bat der betreffende Anwalt freiwillig das Gericht, ihn von der Officialverteidigung zu entbinden, und dies wird der Officialverteidiger wohl meistens tun, wenn der Mandant ihm erklärt, daß er zu ihm aus politischen Gründen kein Vertrauen haben könne. Tut der Anwalt dies nicht, so bleibt dem Angeklagten nichts anderes übrig, als jede Information an den Anwalt zu verweigern und dadurch den Anwalt zu zwingen, seine Abberufung zu beantragen.

Hans Litten, RA.

Zurückerstattung von Polizeihaftkosten

Bekanntlich muß derjenige, welcher in Haft gerät, alles, was er bei sich hat, abliefern, darunter auch das Geld. Nach einem Erlaß des Preußischen Innenministers vom 3. September 1931 — II a 7066 — kann die Polizei von diesen Personen die Kosten für ihre Verpflegung für die Dauer ihres Polizeigewahrsams einziehen, d. h. der Häftling bekommt bei seiner Entlassung das ihm abgenommene Geld verkürzt um die Haftkosten zurück. Wird der Betreffende später durch Gerichtsbeschluß außer Verfolgung gesetzt oder durch Urteil freigesprochen, so müssen ihn auf Antrag diese einbehaltenen Kosten zurückerstattet werden. Der Berliner Polizeipräsident hat dies ausdrücklich in einem Schreiben vom 7. November 1931 — Gesch.-Zeichen K. G. 8000/4. 11. — niedergelegt.

Die Rechtsschutzkommission darf nicht versäumen, freigesprochene und außer Verfolgung gesetzte Genossen darauf aufmerksam zu machen, einen solchen Antrag bei der Polizeibehörde einzureichen.

Erfordernisse für eine erfolgreiche Verteidigung

Um bei der Führung eines Prozesses Aussicht auf Erfolg zu haben, ein günstiges Urteil für den Angeklagten herauszuholen, ist es erforderlich, daß:

- a) eine eingehende persönliche Aussprache oder schriftliche Verständigung zwischen Verteidiger und dem Angeklagten stattgefunden hat,
- b) der Verteidiger die Gerichtsakten kennt.

Die Aussprache mit dem Angeklagten ist erforderlich, damit der Verteidiger vor der Hauptverhandlung die Darstellung, die der

Angeklagte von dem Sachverhalt gibt, genau kennt. Der Verteidiger muß durch den Angeklagten über die einzelnen Zeugen informiert werden (er muß, wenn es sich z. B. um einen Landfriedensbruch handelt, also um Zusammenstöße politischer Gegner, die Vorgänge, welche dem Zusammenstoß vorangegangen sind, genau kennen, um in der Hauptverhandlung die Zusammenhänge darlegen zu können). (Vgl. „Roter Block“, Jahrgang 1 Nummer 8/9, Seite 15: „Beweismaterial erleichtert die Verteidigung“.)

Ebenso wesentlich ist die Kenntnis der Akten für die Verteidigung. In den Akten sind die Angaben der Angeklagten und die ersten Aussagen der Zeugen protokollarisch festgehalten. Die ersten Zeugenprotokolle sind oft bestimmend für den ganzen Verlauf des Verfahrens. Die Protokolle werden aufgenommen von Polizeibeamten, Landjägern und Kriminalbeamten; diese formulieren die Bekundungen der Zeugen. Da die Zeugen in vielen Fällen im Sprechen ungewandte Menschen sind, ist das Protokoll oft mehr das Werk des Protokollierenden als das des Ausagenden. Die Protokolle erhalten dann eine Gleichförmigkeit, aus der die Verteidigung ihre Schlüsse ziehen kann. Die Kenntnis der Protokolle ist erforderlich, um festzustellen, ob die Aussagen der Zeugen in der Hauptverhandlung mit seiner Aussage im Protokoll übereinstimmen. Sie ist schließlich erforderlich, um feststellen zu können, ob die Aussagen der verschiedenen Zeugen in den Protokollen übereinstimmen, ob sie sich widersprechen und wie sich alle diese Protokolle mit den Aussagen in der Hauptverhandlung in Einklang bringen lassen.

Kurz: Die Aussagen der Zeugen in der Hauptverhandlung können von der Verteidigung nicht ordnungsmäßig im Interesse des Angeklagten gewürdigt werden, wenn sie die Akten nicht kennt. Der Verteidiger muß daher den Rechtsschutzauftrag so rechtzeitig erhalten, daß er in der Lage ist, eine genaue Akteneinsicht vorzunehmen.

Soll die Verteidigung Aussicht auf Erfolg haben, so ist es weiterhin erforderlich, daß der Fall von der Rechtsschutzkommission der betreffenden Ortsgruppe eingehend vorbereitet wird. Die Rechtsschutzkommission muß das Entlastungsmaterial (Zeugen usw.) zusammentragen. Die Rechtsschutzkommission muß einen geeigneten Genossen bestimmen, der in der Lage ist, einen zusammenhängenden Bericht über die Vorfälle, die zur Anklage geführt haben, zu verfassen. Diesen Bericht muß die Verteidigung erhalten, damit sie nicht nur einseitig durch die Anklageschrift eine Darstellung der Vorgänge erhält und damit sie selbst zur Hauptverhandlung schon Zeugen laden kann. Ohne eingehende Vorbereitung der Hauptverhandlung besteht immer die Gefahr, daß den Beweisansprüchen des Verteidigers, die er wegen seiner Unkenntnis erst im Laufe der Verhandlung oder erst am Ende

derselben zu stellen in der Lage ist, nicht stattgegeben wird. Die Deutsche Strafprozeßordnung gibt der Verteidigung nur wenige Rechte. Es gibt in ihr über die Befugnisse des Verteidigers vor der Hauptverhandlung nur zwei Paragraphen: der eine behandelt das Recht des Verteidigers auf Einsicht der Gerichtsakten, der andere das Recht des verhafteten Beschuldigten auf schriftlichen und mündlichen Verkehr mit dem Verteidiger. Die ausdrückliche Festlegung dieser Rechte in der Strafprozeßordnung zeigt deutlich ihre grundsätzliche Bedeutung für jede Verteidigung.

Schließlich muß noch auf folgendes hingewiesen werden:

Der Vorsitzende und der Staatsanwalt kennen die Akten genau. Wenn der Verteidiger die Akten nicht kennt, so steht er von vornherein während der ganzen Verhandlung in ungünstiger Position als die Staatsanwaltschaft — zum Schaden des Angeklagten. Ohne die hier geschilderte Vorbereitung kann der Verteidiger seine Aufgabe nicht erfüllen: die Anklage zu erschüttern.

Die Ortsgruppen müssen in Rechtsschutzfällen viel schneller arbeiten. In Haftsachen ist sofort Mitteilung zu machen; in Sachen, in denen eine Anklage mit Bestimmtheit zu erwarten ist und Rechtsschutz in Frage kommt, muß schon vor Anklageerhebung durch den Bezirksvorstand über die Zentrale der RH die Verbindung mit dem Verteidiger aufgenommen werden. Das Rechtsschutzersuchen muß aber spätestens bei Erhalt der Anklageschrift gestellt werden, damit die Zeit bis zur Hauptverhandlung zur Vorbereitung ausgenutzt werden kann. Hierbei ist gleichzeitig die Adresse des Obmanns der Rechtsschutzkommission mitzuteilen, damit der Verteidiger sich auch mit diesem direkt in Verbindung setzen kann. Nur bei solcher Vorbereitung hat die Verteidigung Aussicht auf Erfolg.

R.-A. Cohn-Bendit.

Kassiber — eine Handhabe der Klassenjustiz zur Verurteilung revolüt. Arbeiter

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß der Kassiber gerade das Mittel ist, den Gefangenen der Klassenjustiz auszuliefern, und als Material dazu dient, den angeklagten Arbeiter zu hohen Strafen zu verurteilen.

Der nachstehende, uns von einem unserer Rechtsanwälte mitgeteilte Fall beweist wieder einmal, wie man es nicht machen soll:

„Sch. stand unter Anklage, nachts auf drei Motorradfahrer, in denen er politische Gegner vermutete, geschossen zu haben. Die Schüsse verfehlten ihr Ziel. Sch. hat von Anfang an bestritten, der Täter zu sein. . . .

Kurz vor Schluß der Voruntersuchung ereignete sich folgendes: Der Angeschuldigte schreibt hinter dem Rücken der

Verteidigung einen Kassiber, indem er seine Frau auffordert, für die Herbeischaffung von Zeugen zu sorgen, die bekunden können, daß mit einer Schreckschußpistole geschossen worden ist. Der Kassiber wird aufgefangen. Der Angeschuldigte gesteht, diesen Kassiber geschrieben zu haben.

Es besteht auf Grund dieses Vorfalles keine Aussicht, den Angeklagten freizubekommen."

Hier müssen unsere Rechtsschutzkommissionen eingreifen, aufklärend wirken und jeden Arbeiter darauf hinweisen, wie er sich vor dem Klassengericht zu verhalten hat.



Verstärkter Terror — Verbesserte Organisation

Die nächste Zentralvorstandssitzung wird sich mit der Frage der Schaffung einer einheitlichen Organisationsform beschäftigen und dahingehende Beschlüsse fassen. Nachstehend bringen wir einen Diskussionsartikel der Berliner Organisation, der zu dieser Frage Stellung nimmt. Alle Bezirke werden aufgefordert, an Hand ihrer Erfahrungen die aufgeworfenen Probleme zu diskutieren.

Mit der Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland sind die Aufgaben, die an die Rote Hilfe gestellt werden, gewaltig gestiegen. Millionen von Arbeiter gilt es zum Kampf gegen den Faschismus, die bürgerliche Klassenjustiz, für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen zu mobilisieren. Riesige finanzielle Mittel werden gebraucht, um die Opfer des Terrors zu unterstützen und Rechtsschutz für die Eingekerkerten zu stellen. Trotz gewaltiger Leistungen des Funktionärskaders und trotz gesteigerter Aktivität eines großen Teils der Mitgliedschaft bleibt das Tempo unserer Arbeit doch noch hinter den Anforderungen, die sich alle Tage steigern, zurück.

Es zeigt sich immer klarer, daß wir den Verpflichtungen gegenüber den politischen Gefangenen nur dann nachkommen können, wenn es uns gelingt, die gesamte Organisation, jedes einzelne Mitglied zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen. In der Winterhilfskampagne wurde zum erstenmal in großem Maßstab diese Aufgabe durch die Losung „Jedes Mitglied nimmt eine Sammel-liste!“ gestellt. In der kommenden Zeit müssen alle unsere Kampagnen von dem Gedanken der Massenarbeit geleitet werden. In der Winterhilfskampagne hat es sich aber bereits gezeigt, daß unser jetziger Organisationsaufbau nicht den Erfordernissen breiter Massenarbeit angepaßt ist.

Der Hauptmangel liegt in den großen Organisationseinheiten.

In den meisten Bezirken, vor allem in den größeren Städten, sind die Mitglieder oft in Gruppen von 100 bis 200 und mehr Mitgliedern zusammengefaßt.

Die praktische Erfahrung hat gezeigt, daß es selbst bei bestem Willen der leitenden Funktionäre einer solchen großen Körperschaft unmöglich ist, sämtliche Genossen politisch zu schulen und sie entsprechend ihren Anlagen und Fähigkeiten zur Organisationsarbeit heranzuziehen. Dabei steht fest, daß die Tausende von neuen Mitgliedern, die in der letzten Zeit geworben wurden, überhaupt, daß das Gros unserer Mitgliedschaft bereit ist, praktisch mitzuarbeiten.

Deshalb ist es eine dringende Aufgabe der Organisation, das Organisationsleben mehr in kleine Organisationseinheiten zu verlegen.

Der Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg-Pommern hat zu dieser dringenden Frage Stellung genommen und macht einen Vorschlag, der im wesentlichen für die Vereinheitlichung unserer Organisation im Reichsmaßstabe richtunggebend sein kann.

Für Berlin — ähnlich würde bei anderen Großstädten zu verfahren sein — soll der Aufbau folgendermaßen durchgeführt werden.

Die Grundform der Organisation bilden die

**Häuserblockgruppen,
Kollektivgruppen,
Betriebsgruppen,**

Die Betriebsgruppen werden aus den in Betrieben zusammengefaßten und kassierten Mitgliedern gebildet.

Die Häuserblockgruppe ist die Organisationsform des Wohngebietes. Sie darf nicht mehr als 50 Mitglieder umfassen.

Die Kollektivgruppe setzt sich zusammen aus Einzelmitgliedern einer kollektiv angeschlossenen Organisation, die in dieser Organisation eine eigene RH-Leitung haben und die Kassierung durchführen.

(Die Vereinigungen, die kollektiv der RH angeschlossen sind, in denen aber keine selbständige Kassierung von Einzelmitgliedern

erfolgt, werden als Kollektivmitglied bezeichnet.)

Diese Organisationseinheiten haben gewählte Leitungen.

Die Unterkassierer kassieren jeweils höchstens 10 Mitglieder.

Instrukturgebiete. Mehrere Betriebs-, Häuserblock- und Kollektivgruppen bilden ein Instrukteurgebiet. Ein Instrukteurgebiet soll nicht mehr als vier Häuserblockgruppen umfassen. **Gemeinsame Mitgliederversammlungen der im Instrukteurgebiet zusammengefaßten Gruppen finden nicht statt, vielmehr müssen alle Mitgliederversammlungen und das ganze politische Leben in den Betriebs-, Häuserblock- und Kollektivgruppen liegen.**

An der Spitze des Instrukteurgebietes steht der Instrukteur. Er ist verantwortlich für die politischen und organisatorischen Arbeiten der in seinem Gebiet liegenden Betriebs-, Häuserblock- und Kollektivgruppen.

Die Kassierung. Da es aus technischen Gründen unmöglich ist, daß alle Betriebs-, Häuserblock- und Kollektivgruppen direkt mit dem Hauptkassierer abrechnen, wird für jedes Instrukteurgebiet ein Kasseninstrukteur bestimmt. Der Kasseninstrukteur empfängt das Material für alle in seinem Gebiet liegenden Gruppen, gibt es aus und führt auch wieder die Abrechnungen mit dem Ortskassierer durch.

Der Literaturvertrieb. In jedem Instrukteurgebiet ist ein Litobmann zu schaffen.

Die nächsthöhere Organisationseinheit in Berlin ist die **Bezirksgruppe.** Berlin wird wegen seiner Größe in 25 Bezirksgruppen aufgeteilt. Eine Bezirksgruppe umfaßt einen bestimmten Stadtteil. Die Bezirksgruppenleitung, die sich zusammensetzt aus dem Bezirksgruppenleiter, -Kassierer, -Agitpropobmann, -Litobmann, -Rechtsschutzobmann, -Familienpflegerin, -Frauenleiterin, -Jugendvertreter, -Pionierleiter, -Schriftführer und -Kartothekführer, steht in direkter Verbindung mit den Betriebs-, Häuserblock- und Kollektivgruppen durch die Instrukteure.

Zur Verstärkung der Arbeit müssen für die einzelnen Aufgabengebiete Kommissionen gebildet werden. Insbesondere eine Betriebskommission, Agitpropkommission, Literatur- und Rechtsschutzkommission.

An der Spitze der gesamten Berliner Organisation steht der **Bezirksvorstand.**

Für die Provinz Brandenburg und Pommern ist die Organisationseinheit die Ortsgruppe. In den Ortsgruppen, in deren Bereich Betriebe oder Güter liegen, müssen Betriebs- bzw. Gutsgruppen gebildet werden. Mehrere Ortsgruppen werden zu einem Instrukteurgebiet mit einem Instrukteur an der Spitze zusammengefaßt. Mehrere Instrukteurgebiete bilden einen Unterbezirk mit einer Unterbezirksleitung.

Es wird in einem großen Teil der Provinzortgruppen aus politi-

schen Gründen notwendig sein, ebenfalls eine Unterteilung in Häuserblock- und Betriebsgruppen vorzunehmen. Wahrscheinlich werden sich in manchen Reichsbezirken auf Grund der örtlichen Verhältnisse einige Abweichungen von dem Vorschlag der Berliner Organisation notwendig machen. Aber die Hauptaufgabe: **Schaffung der Betriebs- und Häuserblockgruppen und Verlegung des Lebens der Organisation mehr in diese Einheiten, Schaffung von Instrukteurgebieten in den Großstädten und die Zusammenfassung der Provinzortgruppen zu Instrukteurgebieten** steht vor der gesamten Roten Hilfe Deutschlands und muß schnellstens im Reichsmaßstabe gelöst werden.

Erfolge in der Betriebsarbeit in Sachsen

In mehreren Nummer des Roten Block haben wir zur Arbeit in den Betrieben Stellung genommen und die Notwendigkeit des Aufbaues der Betriebsgruppen der RH betont. Wir haben jetzt die Aufgabe, dieser Auseinandersetzung die Tat folgen zu lassen und zu beweisen, daß es möglich ist, auch durch die Massenorganisationen revolutionäre Betriebsarbeit zu entfalten.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Mobilisierung der Betriebsarbeiter der Hebel zur Auslösung von Massenkämpfen ist, haben wir in Sachsen eine politische und organisatorische Bearbeitung der Ortsgruppen vorgenommen. In allen Anweisungen, Plänen, auf allen Konferenzen und Mitgliederversammlungen wurde die Frage der Arbeit in den Betrieben gestellt und den Mitgliedern und Funktionären an Hand der jetzigen Lage die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Betriebsarbeit begreiflich gemacht. Ueberhaupt stellten wir in Verbindung mit allen vor uns stehenden Aufgaben diese Arbeit in den Vordergrund und erreichten damit, daß die Organisation sich allgemein mit der Schaffung von Betriebsgruppen befaßte. Es kam jetzt darauf an, diese allgemeine Diskussion in richtige Bahnen zu lenken und ihr organisatorischen Ausdruck zu verschaffen. Im Bezirksvorstand wurde ein Genosse mit der ausschließlichen Aufgabe betraut, die **Betriebsarbeit im Bezirk zu organisieren und zu leiten**. Er schuf sich eine Kommission von Genossen aus den Betrieben und jungen, **entwicklungsfähigen Genossen**, die ihn in seiner Arbeit unterstützen. Dadurch hatten wir im Bezirksvorstand neben der Gewähr, daß die Betriebsarbeit durchgeführt wird, auch die lebendige Verbindung mit den Betrieben.

Die erste Aufgabe dieser Kommission bestand darin, **durch einen genauen Plan die Linie der Arbeit für die nächsten Monate festzulegen** um damit den Ortsgruppen, Unterbezirksleitungen, Instrukteuren und auch dem Bezirksvorstand Material zu verschaffen. Diese Anweisung wurde vervollkommenet durch die Aufgabe,

eine **Registrierung aller in Betrieben stehenden Mitglieder vorzunehmen**, um an Hand dieser Registrierung die Voraussetzung für Betriebsarbeit, nämlich Betriebsgruppen in den wichtigsten Betrieben zu schaffen, zu erreichen. Daneben galt es, die bestehenden Betriebsgruppen zu überprüfen und sie zu aktivieren. Diese mechanische Registrierarbeit wurde verbunden mit politischer Bearbeitung der Leitungen und Mitglieder. In den wichtigsten Unterbezirken und Ortsgruppen (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau usw.) wurden **Kurse organisiert**, Funktionärkonferenzen durchgeführt. Dadurch waren wir in der Lage, die Registrierung zu verbinden mit der Schaffung von verantwortlichen Genossen für die Durchführung der Betriebsarbeit: Zwar ist uns das nicht immer gelungen, aber der Grundstock ist geschaffen und bei zähem Nachstoßen werden unsere bisherigen Erfolge in der Betriebsarbeit wesentlich überholt werden.

Wie notwendig und wichtig es ist, die schematische Registrierung mit der politischen Schulung zu verbinden, ergibt sich aus dem bisherigen Ergebnis der Registrierung. Wir haben bereits in einem früheren Artikel darauf hingewiesen, heute haben wir den praktischen Beweis dafür. Von 400 verschickten Registrierbogen haben wir bisher folgende erhalten:

| | | | | |
|-----------------|---------|------------|----|---|
| U.B. Zwickau | 2 Bogen | „ Leipzig | 15 | „ |
| „ Schwarzenberg | 7 | „ Dresden | 5 | „ |
| „ Plauen | 3 | „ Riesa | 5 | „ |
| „ Bautzen | 3 | „ Freiberg | 1 | „ |
| | | „ Chemnitz | 5 | „ |

insgesamt 46 Registrierbogen

Aber das Ergebnis dieser Registrierung ist außerordentlich interessant. Trotz dieser wenigen Fragebogen haben wir Betriebe mit mehr als drei Mitgliedern der RH festgestellt:

| | |
|-------------------|----------------------------------------------|
| im UB Zwickau | 4, darunter ein Rittergut |
| „ „ Schwarzenberg | 3 |
| „ „ Plauen | 5 |
| „ „ Bautzen | 3 |
| „ „ Leipzig | 12, darunter ein landwirtsch. Betrieb mit 10 |
| „ „ Dresden | 9 |
| „ „ Riesa | 10 |
| „ „ Freiberg | 1 |
| „ „ Chemnitz | 12 |

insgesamt wurden **59 Betriebe mit mehr als drei Mitgliedern der RH ermittelt**. Unabhängig von der weiteren Registrierung haben wir uns sofort mit den Ortsgruppen in Verbindung gesetzt und die Zusammenfassung dieser Mitglieder in den Betrieben verlangt, mit der Anweisung, uns von einer Sitzung Mitteilung zu machen, damit wir von uns aus einen Genossen entsenden können. Die UB-Leitungen und die Instrukteure wurden in Bewegung gesetzt, um die Durchführung dieser Anweisung zu kontrollieren. Geht in

einer bestimmten Zeit keine Mitteilung von der betreffenden Ortsgruppe ein, wird ein Genosse mit dem speziellen Auftrag entsandt, die Zusammenfassung der in den Betrieben erfaßten Mitglieder zu organisieren. Ungeheure und zähe Aufklärungsarbeit ist notwendig, um Erfolge zu erringen, aber wir hoffen, auf diesem Wege alle Schwierigkeiten zu überwinden, zumal ja damit Hand in Hand eine außerordentliche Hebung des politischen Niveaus der Mitgliedschaft erfolgt.

Neben der Registrierung und deren Auswertung wurde vom Bezirksvorstand Verbindung mit bekannten Genossen in Betrieben hergestellt, um auch dadurch Betriebsgruppen zu schaffen. **Wir konnten seit dem 1. Oktober in Sachsen 32 Betriebsgruppen schaffen**, zum größten Teil unabhängig von der Registrierung. **Wir haben uns das Ziel gestellt, bis zum 1. April 200 Betriebsgruppen zu organisieren und wir werden das Ziel erreichen**, aber nur dann, wenn wir stärkstes Gewicht auf die politische Schulung unserer Funktionäre und Mitglieder legen.

Die geschaffenen 32 Betriebsgruppen bestehen nicht nur dem Namen nach, sondern sind **wirkliche arbeitende Gruppen mit Leitungen**, und wir werden in der nächsten Nummer Erfolge der Arbeit dieser Gruppen berichten.

Wird in der gesamten Organisation mit mehr Energie und gutem Willen an diese Arbeit herangegangen, so werden wir auch auf diesem Gebiet Erfolge erzielen, die für die weitere Entwicklung der RHD von wesentlicher Bedeutung sind.

Hinterhertrotten oder Vorwärtstreiben?

Bauen wir unsere gesamte Sammel-, Werbe- und Agitationstätigkeit auf der Grundlage der Aktivität jedes einzelnen RH-Mitglieds auf, so ist es untragbar, die bisherigen Formen des Literaturvertriebs beizubehalten. Der Umsatz unserer Literatur, als entscheidende Voraussetzung zur Gewinnung der Massen für die Kampfforderungen der RH, kann und darf nicht Angelegenheit einzelner Funktionäre bleiben. Der heutige „zufällige“ Abnehmer eines Tribunals, einer Rote-Hilfe-Broschüre ist morgen auf Grund der verschärften politischen und wirtschaftlichen Situation ein aktiver Mitkämpfer in unseren Reihen, wenn wir verstehen, durch unsere Literatur an die Zehntausende gefühlsmäßig mit uns Sympathisierender heranzukommen, ihnen den Weg zu uns zu zeigen.

Die Frage der Umgestaltung des Literaturvertriebs zu einem wirklichen Massenvertrieb unserer Literatur ist die Frage unserer Massenarbeit überhaupt.

Unter der Losung „Jedes Rot-Hilfe-Mitglied“ Leser und Werber für die RH-Literatur“ sind wir im Bezirk Berlin-Brandenburg-

Pommern an die Liquidierung des alten Trotts auf dem Gebiete des Literaturvertriebs herangegangen. Wir haben eine zentrale **Literaturkommission**, bestehend aus vier Genossen, geschaffen, die die Umgestaltung des Litvertriebes in unserem Bezirk zu organisieren und zu fördern hat. Da man von keinem Massenvertrieb unserer Literatur sprechen kann, solange diese Arbeit vom Kassiererapparat „mitgemacht“ wird, stellen wir uns vor allem die Aufgabe, einen **selbständigen Literaturapparat** in den Ortsgruppen zu schaffen.

Selbstverständlich muß dabei eine enge Verbindung zwischen dem Literaturapparat einerseits und Kassen- und Revisionsapparat andererseits bestehen. Der Literaturobmann einer Ortsgruppe schafft in jeder Organisationseinheit **Literaturobleute**, die die Aufgabe haben, den Literaturvertrieb unter **Einsetzung des gesamten Funktionärapparats zu organisieren**. Jeder einzelne Unterkassierer muß seine sämtlichen Mitglieder mit Literatur beliefern (vom Litobmann muß Stichkontrolle durchgeführt werden, ob die Literatur wirklich angeboten wird.) Darüber hinaus muß die Mitgliedschaft zum Literaturvertrieb herangezogen werden.

Verschiedene Berliner Stadtteile haben es bereits verstanden, eine Massenbasis für unsere Literatur zu schaffen. So z. B. hat Charlottenburg im Rahmen eines **Wettbewerbes** mit einem anderen Berliner Bezirk 2500 Broschüren durch die U-Kassierer an die Mitglieder zum Weitervertrieb verteilt und innerhalb von sieben Wochen 1800 abgerechnet bekommen. Verschiedene Mitglieder haben mehrere Male Broschüren nachgefordert. Wenn man bedenkt, von welcher Bedeutung die Einspannung der Mitgliedschaft in den Literaturvertrieb für die Erweiterung unseres Masseneinflusses ist, so muß man zu der Schlußfolgerung kommen, daß diese Beispiele von der Gesamtorganisation übernommen werden müssen. Zu beachten ist dabei, daß das ein neuer Weg zur **Gewinnung der Funktionäre** ist, denn ein Mitglied, das für die RH systematisch Literatur verkauft, wird faktisch zum Funktionär unserer Organisation. Allerdings muß dabei eine scharfe Kontrolle seitens des Literaturapparats geübt werden. 1. damit die Abrechnung klappt, 2. damit die U-Kassierer die Adressen von den Schichten, an die die Literatur verkauft worden ist, sammeln und zwecks weiterer Bearbeitung und Anlegung einer Sympathisierenden Kartothek an die Leitung geben.

Die zentrale Berliner Litkommission stellt vor der Gesamtorganisation die Frage der Schaffung **neuer Methoden** zur Steigerung des Literaturumsatzes. So propagieren wir die Einführung besonderer **Werbetage** für die RH-Presse. Zur besseren Belieferung der befreundeten Organisationen durch die RH-Literatur werden innerhalb dieser Organisationen Diskussionsabende über das

Thema „Wie verteidigt sich der Prolet vor Gericht“ organisiert und gleichzeitig auf entsprechende Broschüren hingewiesen. Wir haben Beispiele, daß bei Versammlungen, in welchen der Referent besonders auf unsere Selbstverteidigungsbroschüren hingewiesen hat, **Hunderte von diesen Broschüren umgesetzt wurden.**

Auch die **Arbeiterlokale müssen systematisch mit unserer Literatur belegt werden**, dazu propagieren wir in Berlin besondere Kästen zum Aushängen in den Lokalen, in welchen unsere Broschüren und das Tribunal ausgestellt sind. Der Wirt verkauft und rechnet an den betreffenden Literaturobmann ab. Die proletarischen Friseur, die kleinen Geschäftsleute, müssen in ihren Geschäften das Tribunal ständig propagieren.

Zur Ueberwindung der Remittenden und Steigerung der Abrechnung werden wir die Ortsgruppen, die die Wichtigkeit des Literaturumsatzes noch nicht begriffen haben, saumselig in der Abrechnung sind, öffentlich in unserem Funktionärorgan auffordern, sich an ihre Pflicht zu erinnern und werden jede einzelne aufzuführen. Darüber hinaus gehen die Mitglieder der Berliner Literaturkommission als **Litinstrukture** in die Funktionärversammlungen der einzelnen Berliner Stadtteile, decken die Schwächen der Arbeit dort auf, stellen vor den Gesamtfunktionären die Aufgaben, die auf diesem Gebiete zu erfüllen sind.

In besonderen Richtlinien, die die zentrale Berliner Literaturkommission herausgibt, behandeln wir eingehend die Arbeit der **Litobleute als politischer Funktionäre.**

Dieser Diskussionsartikel soll den anderen Bezirken im Reich die Möglichkeit geben, zur Frage der Umgestaltung unseres Literaturumsatzes, als Teilaufgabe unseres Kampfes um die Eroberung der Massen, im Roten Block konkret Stellung zu nehmen.

Die Literaturkommission von Berlin-Brandenburg.

Es kommt ja keiner in die Versammlung

Eine übliche Erscheinung war bei uns, daß nur ein Teil der Mitgliedschaft die Mitgliederversammlungen besuchte. Das bedeutet, daß die Masse der Mitglieder an den Kampagnen, die die Organisation durchführt, ungenügend teilnimmt.

In der letzten Sitzung der Berliner Agitpropobleute haben wir uns mit dieser Frage befaßt und sind zur Schlußfolgerung gekommen, daß **am schlechten Besuch unserer Versammlungen wir — Funktionäre — zum größten Teil selbst Schuld haben.** Warum sind unsere öffentlichen Kundgebungen gut besucht? Weil sie gut vorbereitet werden und ein mehr oder weniger interessantes Programm bieten. Eine **Unterschätzung unserer Mitgliedschaft ist es, wenn wir jahrein jahraus die Mitgliederversammlungen mit den Themen „Aufgaben der RH“, „Winterhilfskampagne“, „Amnestie“ usw. ausgestalten.** An den konkreten Fall einer Verurteilung

im Bezirk, in der Gruppe oder Abteilung angeknüpft, gewinnt die Frage der Amnestiekampagne einen aktuellen und lebendigen Inhalt, allgemein gestellt ruft sie bei den Mitgliedern den Begriff einer öden, langweiligen Sitzung hervor.

Eine bessere Ausgestaltung unserer Mitgliederversammlungen wird in einem bedeutenden Maße zur Belebung unserer Arbeit und Aktivisierung der Mitgliedschaft führen. Wir sind in den Berliner Ortsgruppen dabei, **kleine Agitpropotruppen** aus den Funktionären der Ortsgruppe zu bilden, die in den Mitglieder- und Funktionärversammlungen mit kurzen Szenen auftreten, und zwar: „Wie arbeitet ein RH-Funktionär?“, „Falsche Kassierung — richtige Kassierung“, „Wie verteidigt sich der Prolet vor Gericht?“ usw. Einzelne Berliner Ortsgruppen gehen dazu über, die Mitglieder nicht einmal, wie bisher, sondern zweimal monatlich zusammenzufassen, wobei der eine Abend als **politischer Schulungsabend** mit einem aktuellen Thema ausgestaltet wird. Zur Belebung der Mitgliederversammlungen hat beispielsweise Berlin I (Stadtteil Zentrum) eine Diskussion über die Broschüre „Haus-suchung“ veranstaltet.

In stärkerem Maße als bisher müssen auch die verschiedenen Sport- und Musikvereine, die uns kollektiv angeschlossen sind, herangezogen werden. Der „Arbeiter-Radio-Bund“ unterstützt meistens die RH, indem er die Uebertragung aus Moskau organisiert. Auch die Pionier- und Frauengruppen der RH sind in diese Arbeit planmäßig einzuspannen.

Die bessere lebendigere Ausgestaltung unserer Mitgliederversammlungen bedeutet durchaus nicht, daß wir den politischen Charakter aufgeben müssen. Im Gegenteil, den aktuellen politischen Tagesfragen muß eine viel größere Aufmerksamkeit gewidmet werden als bisher. Die Hauptbedingung aber ist — vorher im Funktionärkreis die Mitgliederversammlung sorgfältig vorbereiten, nicht über die Dinge reden, die für Funktionäre von Interesse sind, die Mitglieder aber ermüden. Der Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ muß verschwinden, denn darunter werden meistens allerlei Dinge persönlicher Natur aufgerollt, die den Mitgliedern einen falschen Begriff von der Tätigkeit unserer Organisation geben. Ein weiteres Uebel — endlose Diskussionen — muß beseitigt werden; die „Berufsredner“ abbremsen, die Stimmung der Mitglieder mehr zum Ausdruck kommen lassen — das muß die Aufgabe des Versammlungsleiters sein.

Unsere Arbeit auf dem Gebiet der Kollektivmitgliedschaften

Die immer größer werdende Zahl der uns kollektiv angeschlossen Organisationen verpflichtet uns, auf diesem Gebiet eine zielbewußte und klare Arbeit durchzuführen, um unseren

Einfluß auf breite indifferente Schichten auszudehnen. Diese Erkenntnis, welche große Möglichkeiten uns auf diesem Gebiet geboten werden, veranlaßte uns, einen Plan für diese Arbeit aufzustellen, um sie auf breiterer Grundlage aufzubauen.

Im Vordergrund steht die **Werbung neuer Kollektivmitglieder**. Als erstes müssen wir hier feststellen, welche Ortsgruppen in unserer Organisation bereits Kollektivmitgliedschaften zu bearbeiten haben und was für Vereine oder Organisationen dort noch für uns als Kollektivmitglieder gewonnen werden können.

Hier entsteht nun die Frage, welche Vereine oder Organisationen kommen für uns als Kollektivmitglied überhaupt in Frage? Die Antwort darauf ist nicht schwer. **Der Charakter unserer Organisation ermöglicht uns, an alle Organisationen heranzukommen**, z. B. an kulturelle und wirtschaftliche, wie Organisationen für Sexualreform, Gartenvereine, Sportler, Freidenker, Gewerkschaften und andere. Ohne die mit uns direkt oder indirekt verbundenen Organisationen bei der Werbung aus den Augen zu lassen, legen wir aber das **Schwergewicht unserer Arbeit auf die unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Organisationen**, um zu erreichen, daß hier die Frage der Roten Hilfe und ihres Kampfes gegen Polizei und Justiz überhaupt erst einmal gestellt wird. Wenn wir diese Vereine auch nicht immer gleich als Mitglied gewinnen können, so ist es doch von entscheidender Bedeutung, dort die Fragen zu stellen, um darüber Diskussionen auszulösen, die es uns ermöglichen, in ihren Reihen einzudringen.

An alle Ortsgruppen, die bis jetzt nicht ein einziges Kollektivmitglied haben, sandten wir ein Schreiben mit der Aufforderung, der Bearbeitung von Vereinen und Organisationen mehr Beachtung zu widmen. Gleichzeitig übersandten wir ihnen einen Fragebogen zur Feststellung aller in ihrem Ortsbereich bestehenden sozialdemokratischen und bürgerlichen Organisationen, Verbände und Vereine. Ebenso verpflichteten wir die Unterbezirke unserer Organisation, dafür zu sorgen, daß diese Arbeit schnell und erfolgreich durchgeführt wird.

Nun die zweite Frage:

Wie können wir die Kollektivmitgliedschaften für unsere Arbeit ausnützen und sie zu einer für die Rote Hilfe erfolgreichen Tätigkeit heranziehen?

Wir müssen unsere Kollektivmitgliedschaften als Reservoir für unsere Organisation betrachten. Die Kollektivmitgliedschaft des Vereins schließt nicht aus, daß die Mitglieder dieses Vereins auch Einzelmitglieder der RH werden.

Als zweites müssen wir die Kollektivmitgliedschaften in unsere Kampagnen einspannen, d. h. wir müssen es verstehen, die ein-

zelen Vereine und Organisationen davon zu überzeugen, daß es auch in ihrem Interesse liegt, wenn sie sich aktiv an unseren Kampagnen beteiligen.

Ein sehr wichtiger Faktor ist die Uebernahme von Patenschaften für unsere proletarischen politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen seitens der uns kollektiv angeschlossenen Organisationen. Ueberall dort, wo Klassengenossen in die Klauen der Justiz fallen oder schon eingekerkert sind, müssen wir unsere Kollektivmitgliedschaften dafür gewinnen, daß sie die Patenschaft über den betreffenden Genossen übernehmen.

Mit der Uebernahme der Patenschaft verpflichtet sich der betreffende Verein, die für den Gefangenen und seine Familie nötige Unterstützung an den Bezirksvorstand zu überweisen und regelmäßigen Briefverkehr mit den eingesperrten Genossen zu pflegen, dadurch wird in großem Maße das Klassenbewußtsein und die Kampfteschlossenheit der eingekerkerten Genossen gestärkt und erhalten. **Ueber alle diese Fragen werden wir Richtlinien an alle Unterbezirke, Ortsgruppen und Instrukteurgebiete herausgeben**, in denen speziell die Wichtigkeit unserer Arbeit in den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen hervorgehoben wird in Verbindung mit unserer Hauptaufgabe: Brechen des Masseneinflusses der Gewerkschafts- und SPD-Bürokratie und der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

Außerdem ist die **Herausgabe eines monatlichen Mitteilungsblattes an alle uns kollektiv angeschlossenen Korporationen** vorgesehen, in welchem wir auf alle Fragen des proletarischen Klassenkampfes eingehen und über gute und schlechte Arbeit unserer Kollektivmitgliedschaften berichten.

Damit die Arbeit auch durchgeführt wird, werden wir monatliche Berichte von unseren Ortsgruppen, Kollektivmitgliedschaften und den Unterbezirken über die von ihnen geleistete Arbeit anfordern. Durch diese sind wir in der Lage, eine gewisse **Kontrolle** durchzuführen und können dort einspringen, wo sich Mängel bemerkbar machen. Gleichzeitig ist damit die Kontrolle über die Beitragszahlung verbunden.

Zur Lösung dieser uns gestellten Aufgaben ist aber notwendig, den innerorganisatorischen Apparat auf- und auszubauen. In erster Linie steht daher die Schaffung **einer besonderen Abteilung im Bezirksvorstand**, da ein einzelner Genosse nicht in der Lage ist, das alles gründlich durchzuführen.

Zweitens muß **in jeder Unterbezirksleitung ein für diese Arbeit verantwortlicher Genosse einbezogen werden** und drittens muß das gleiche, in den **Ortsgruppenleitungen** vorgenommen werden.

Weiterhin müssen die Vertreter der Kollektivmitgliedschaften und die verantwortlichen Genossen aus den Ortsgruppen im Unterbezirksmaßstabe zusammengefaßt werden, um ein gedeihliches Zusammenarbeiten zu gewährleisten.

Es wäre erwünscht, wenn auch die anderen Bezirke zu diesem überaus reichen Arbeitsfeld Stellung nehmen und ihre Erfahrungen hierüber austauschen würden.

Wir werden Gelegenheit nehmen, unsere sächsischen Erfahrungen in kürzester Frist zu veröffentlichen. Sachsen.

Das sollten alle nachmachen

Die Ortsgruppe **Leichlingen** (Bezirk Niederrhein), die auch in diesem Jahre eine gute Arbeit während der Winterhilfskampagne geleistet hat, hat doch ein Steckenpferd. Sie ist eifersüchtig. Das äußert sich in folgender Weise:

Im Oktober schrieb die Ortsgruppe, daß sie das „Tribunal“ abbestellt, weil „nichts mehr umzusetzen ist“. Damit wollte diese Ortsgruppe (wie es viele andere auch tun) den Mahnungen entgegen, die sie immer vom Bezirk bekommt. Dieser Weg schien den geringsten Widerstand zu bieten.

Erfreulicherweise haben wir im Bezirk auch eine andere Sorte von Funktionären. Zwei von der anderen Sorte aus der Ortsgruppe **Wald** machten sich trotz strömenden Regens auf die Socken, um am 27. Dezember Broschüren und „Tribunale“ ins Land zu tragen. So kamen sie auch nach Leichlingen.

In zwei Stunden hatten sie in L. 60 „Tribunale“ verkauft. Da kamen die eifersüchtigen Leichlinger in die Quere. Einer der Leichlinger Genossen stellte sie und fragte, ob sie die Genehmigung des Pol.-Leiters hätten. Die Walder sagten: sowieso. Das genügte den Leichlingern nicht und sie verboten den Walder Genossen den Verkauf, — weil die Leichlinger sowas selbst besorgen können.

Eine gute Lehre für die Leichlinger Genossen. Die Walder haben ihnen bewiesen, daß die Einwohner von Leichlingen das „Tribunal“ und die RH-Broschüren gern kaufen, es kommt nur darauf an, wie man es macht. Hoffen wir, daß die Leichlinger diese Lehre beherzigen und uns für die nächste Nummer des „Roten Block“ mitteilen, wie sie den Umsatz des „Tribunal“ organisiert und gesteigert haben.

Unsere Arbeit auf dem Gebiet der Frauenarbeit.

Der Monat Februar steht für die Frauen der Roten Hilfe im Zeichen der Vorbereitungsarbeiten für die **Reichs-Frauenwerbewoche vom 13. bis 21. Februar, dem Reichskongreß werktätiger Frauen am 6. März und dem internationalen Frauentag am 8. März.** Diese Vorbereitungsarbeiten dürfen jedoch nicht nur von einigen besonderen Frauen-Funktionärinnen durchgeführt werden, sondern **die gesamte Ortsgruppe**, vorwiegend natürlich unsere weiblichen Mitglieder, sind dazu heranzuziehen. In jeder im Februar stattfindenden Ortsgruppen-Funktionär- oder Mitgliederversammlung muß diese Aufgabe besprochen werden. Die Vorbereitungsarbeiten zur Reichsfrauenwerbewoche können sehr gut mit dem Reichskongreß und dem Frauentag verbunden werden. Im Bezirk **Berlin-Brandenburg** nahmen bereits die Frauenleiterinnen zu diesen Aufgaben Stellung und es wurde beschlossen, daß während der Reichsfrauenwerbewoche **1500 neue Frauen-Mitglieder** gewonnen werden sollen und daß man wenigstens **50 neue Frauen-Funktionäre** für die Organisation gewinnen müsse. Jeder Ortsgruppe wird ein besonderes Werbeziel gestellt und die Ortsgruppen treten in Wettbewerb, nicht nur zur Erreichung des Werbezieles, sondern auch des zu stellenden Sammelzieles. **Jede Ortsgruppe führt wenigstens vier öffentliche Frauenversammlungen** im Wohngebiet durch. Zur Aufgabe stellen sich die Frauenleiterinnen insbesondere die Bearbeitung der Betriebe, in denen Frauen beschäftigt sind. Eine **Frauen-Betriebsversammlung** in jeder Ortsgruppe mit dem Ziele der **Frauen-Werbung** und der **Errichtung einer RH-Betriebsgruppe**.

Mordregister des Faschismus

Im Jahre 1930 fielen laut genau geführter Statistik der Roten Hilfe den Kugeln der Faschisten und der Polizisten **77 Arbeiter zum Opfer.**

Davon wurden 36 Arbeiter durch die Polizei getötet,
41 Arbeiter durch Faschisten ermordet.

Im Jahre 1931 wurden **113 Arbeiter durch Polizei und Nazi getötet.**

Davon 54 Arbeiter durch die Polizei,
59 Arbeiter durch Faschisten.

In den beiden Jahren 1930/31 wurden **190 Arbeiter durch Polizei und Nazi getötet.**

In den ersten 15 Tagen des Jahres 1932 fielen 5 Arbeiter dem Mordterror der Nationalsozialisten zum Opfer!

Seit 1930 also 195 Gemordete.

Auf die Ansetzung eines für Frauen besonders interessanten Themas bei den öffentlichen Frauenversammlungen ist großer Wert zu legen. In diesen Versammlungen muß neben dem Hauptthema zum Reichskongreß werktätiger Frauen und zum internationalen Frauentag Stellung genommen und **Delegierte zum Kongreß gewählt werden**. Zur Ausgestaltung dieser Versammlungen soll man ferner die Jugend und die Pioniergruppen und die Frauen der politischen proletarischen Gefangenen heranziehen.

Aber nicht nur öffentliche Frauenversammlungen allein werden Werbeerfolge unter den Frauen bringen, sondern es sollen planmäßig in jeder Ortsgruppe Markt- und Markthallensammlungen organisiert und durchgeführt werden, bei denen ebenfalls eine gute Werbemöglichkeit besteht. Sammelt Adressen der Frauen, die bei Hauspropaganda und sonstigen Gelegenheiten ihre Sympathie für unsere Organisation zum Ausdruck brachten. Diese müssen von unseren Frauen aufgesucht und durch persönliche Rücksprache für die Rote Hilfe gewonnen werden. Auf diese Art und Weise müssen wir auch an die Frauen des Mittelstandes, der Beamten und Bäuerinnen herantreten.

Jeder Bezirk muß sich gleich dem Berliner Bezirk ein Werbeziel stecken und alles zur Erreichung dieses Zieles einstellen. Zum Abschluß der Reichsfrauenwerbeweche ist mit den in den öffentlichen Frauenversammlungen gewählten Delegierten zum Reichskongreß eine **Vorkonferenz der Roten Hilfe** durchzuführen, wozu auch gleichzeitig die neugewonnenen Frauenmitglieder eingeladen und die Delegierten als auch die neuen Mitglieder mit den Zielen und Aufgaben der Roten Hilfe vertraut gemacht werden. Diese Vorkonferenz kann man durch ein künstlerisches Programm neben dem politischen Referat ergänzen.

Jeder Bezirk muß sich darüber klar sein, daß durch einen guten Werbeerfolg nicht nur neue Mitglieder für die Rote Hilfe gewonnen werden, sondern, daß diese gewonnenen Frauen dem Gegner entrissen und bei den kommenden Kampagnen mit in die Arbeit eingespannt werden können.

Ein gutes Ergebnis

hat die Ortsgruppe Meuselwitz Thüringen in der Winterhilfskampagne zu verzeichnen:

Auf Sammelisten und durch Verkauf von Marken wurden 563,90 RM. eingenommen.

105 neue Mitglieder wurden geworben, zwei neue Betriebsgruppen, drei neue Straßengruppen gegründet.

703 Broschüren verkauft.



So arbeitet unsere Jugend

In den letzten Monaten sind in vielen Ortsgruppen Jugendgruppen gebildet worden. In dem Maße, in dem die Jugend wächst, wächst auch ihre Beteiligung an dem Gesamtleben der Organisation. Wenn man noch vor gar nicht langer Zeit in den meisten Ortsgruppen von der Jugend wenig sah und hörte, so sammeln sich jetzt immer mehr die Berichte über eine gute und planmäßige Arbeit der Jugendgruppen.

Dafür einige Beispiele:

Der Bezirk **Berlin-Brandenburg** hatte für den 17. Januar Großsammeltage angesagt. Die Gruppe Berlin-Kreuzberg fuhr zu diesem Tag nach der Ortsgruppe Erkner, um dort die Aktion tatkräftig zu unterstützen. Der **Ortsgruppenvorsitzende fuhr aber lieber zum Geburtstag**, statt seine Ortsgruppe zum Sammeltag zu mobilisieren und sagte dem Leiter der Jugendgruppe: **Hier ist doch nichts los**, es sind alles bloß Sozialdemokraten und Bürgerliche. Die Jugendgruppe ließ sich davon aber durchaus nicht abhalten. Sie zogen los und gerade in das Siedlungsquartier, das von den reformistischen Gewerkschaften gebaut war und nur Sozialdemokraten beherbergte. Zwei Stunden agitierte dort die Jugend: Erfolg: 7 M. gesammelt, eine Neuaufnahme für die Rote Hilfe, ein Doppelabonnement „Welt am Abend“ und „Berlin am Morgen“.

Am 20. Januar führten die Berliner Jugendgruppen eine Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Feier im Pharusaal in Berlin durch. Der große, 1200 Personen fassende Saal war überfüllt. Nach dem Referat erklärten

18 Jungarbeiter ihren Eintritt in die R.H.J.

Außerdem wurden 12 Mitglieder für die Rote Hilfe und 6 Mitglieder für die KPD gewonnen. Trotz Polizeiterror (die Polizei wollte die Versammlung auflösen) konnte das gesamte Programm unter großer Begeisterung der riesigen Zuhörermenge zu Ende geführt werden.

Dieselben Jugendgruppen führten vom 15. Oktober bis 31. Januar ein Sturmquartal-Aufgebot der Roten Hilfe-Jugend durch. Nach den bisherigen Teilmeldungen, die durchaus noch nicht vollständig sind, wurden.

149 Jungarbeiter für die Rote - Hilfe - Jugend geworben

6 neue Landjugendgruppen gegründet

2 Betriebsjugendgruppen gebildet

433,25 M gesammelt

Etwa 100 Arbeiter für die Rote Hilfe geworben.

Die endgültigen Werbeergebnisse, die sich noch bedeutend erhöhen werden, werden wir im nächsten „Roten Block“ bekanntgeben.

Ein anderer Fall: Die Jugendgruppe **Mannheim** stellte sich einen Zweimonatsplan zum Aufbau der Roten-Hilfe-Jugend im Unterbezirk Mannheim. Bereits nach knapp einem Monat, nämlich am 22. Dezember, hatten sie **vier Jugendgruppen gebildet**, nämlich Mannheim - Neckarstadt, Mannheim - Innenstadt, Mannheim-Schwetzingenstadt, Landau und eine Betriebsgruppe mit insgesamt rund 70 Mitgliedern.

Weiter: Die Jugendgruppe **Berlin-Charlottenburg** fuhr auf Landpropaganda und bearbeitete dort das Dorf Lynum. Am Abend wurde eine Versammlung abgehalten. Ergebnis: **Gründung einer Ortsgruppe von 21 Mitgliedern**, darunter sieben Jugendliche.

Dabei ist ganz besonders wichtig, daß es sich unter all diesen Newerbungen nicht etwa um Mitglieder des KJ oder anderer proletarischer Massenorganisationen handelt, sondern daß es sich mit ganz geringen Ausnahmen um indifferente Jungarbeiter handelt, die zur Roten-Hilfe-Jugend gestoßen sind.

Freilich gibt es noch einzelne Ortsgruppen, die noch nicht so recht an die Jugendarbeit heranwollen. Sollen sie sich die oben erwähnten Erfolge, die nur eine ganz kleine Auswahl darstellen, etwas zu Herzen nehmen und endlich der Jugendarbeit ein größeres Interesse zuwenden. Sie werden die Erfolge bald genug spüren.

Überall Pioniergruppen

Wo unserer Pionierarbeit nur einigermaßen Aufmerksamkeit gewidmet wird, macht dieselbe überall sehr gute Fortschritte. Es zeigt sich, daß die Proletarierkinder sogar oft gegen den Willen ihrer Eltern, die dem Klassenkampf noch fernstehen, in die Pioniergruppen eintreten und mit Begeisterung mitmachen. Woran

es aber besonders mangelt, ist das **Fehlen von geeigneten Leitern für den Aufbau der Pioniergruppen**. Die verantwortlichen Genossen müssen sich also bemühen, diesen Mangel auszumerken und insbesondere im Kreis der jugendlichen Genossinnen Umschau halten.

Wie erfolgreich diese Arbeit mit verhältnismäßig wenig Mühe durchgeführt werden kann, zeigt der Aufbau einer Pioniergruppe in Berlin, wo eine einzelne Genossin während der Schulpause auf den Schulhof ging, mit den Kindern und dem Lehrer Rücksprache nahm und innerhalb einer Woche aus dieser Klasse eine RH-Pioniergruppe von 28 Pionieren bildete, die jetzt regelmäßig zusammenkommen und die Gruppe erheblich vergrößert haben.

Den Nachweis, von welcher Bedeutung die Pioniergruppen in der Arbeit der RH sind, bringen die Gruppen selbst. Wir drucken einen Brief der **Pioniergruppe Frankfurt/Bornheim** ab, der besser als alle theoretischen Auseinandersetzungen die Wichtigkeit der Pionierarbeit demonstriert. Die Pioniere schreiben:

„Wir hatten am 12. und 13. Dezember einen Groß-Werbe- und Sammltag. Wir haben 44 „Tribunale“ verkauft und 9,14 Mark gesammelt. Dabei waren wir nur 6 Pioniere. Die anderen Pioniere konnten nicht mitgehen, weil einige andere Arbeiten hatten und von den anderen es die Eltern nicht haben wollen. Wir müssen die Eltern erst noch aufklären über unser Solidaritätswerk. . . .

Bei uns ist es sehr schwer, zu arbeiten, und wir Pioniere müssen uns beim Sammeln viel gefallen lassen. So wurden zwei Pioniere von einem Nazi angespuckt. Wir haben ihm aber gleich die richtige Antwort gegeben und ihm gesagt: „Bei uns spucken nur die Schweine.“ Da hat er die Tür zugeknallt. Viele fragen uns auch aus, wer uns schicke. Wir sagen dann immer: „Wir sind Rote-Hilfe-Pioniere, uns schickt die Solidarität.“ Namen werden nicht verraten

Wir haben jetzt auch eine Agitpropgruppe gegründet. Es sind erst vier Pioniere, aber gut gearbeitet hat sie schon. Das war so: Unser Leiter hat ein Koffergrammophon und den haben wir mitgenommen. Dann haben wir uns auf eine lebhafte Straßenecke gestellt und eine revolutionäre Schallplatte gespielt. Da sind viele Kinder zusammengelaufen und die Erwachsenen sind stehengeblieben. Wenn dann ein richtiger Klumpen zusammen war, haben wir gerufen: „Amnestie für unsere proletarischen Gefangenen. Unterstützt das Winterhilfswerk der Roten Hilfe.“ Dann haben wir uns mit „Tribunal“ und Sammelbüchse auf die Herumstehenden gestürzt und haben nun auch einen schönen Erfolg gehabt. Einem Spießler muß das aber auf die Nerven gegangen sein und hat wahrscheinlich auch die Polente alarmiert, denn auf einmal kamen zwei Schupo angesprungen. Da sind wir natürlich ausgerissen und die ganzen Kinder, welche geguckt hatten, sind mit uns ausgerückt und die Schupo hinterher. Die hat aber von dem, was sie wollte, gerade das Gegenteil erreicht. Als wir nämlich fortliefen, haben wir ganz laut „Hunger, Hunger!“ gerufen und die Leute haben dann gesehen, wie Arbeiterkinder schon von der Polizei gejagt werden. Gekriegt haben sie aber keinen von uns. Einen Fehler haben wir dabei gemacht, wir hatten kein Kindermaterial bei uns. Das nächstmal wollen wir dieses aber wieder gutmachen.“

Ähnliche Berichte sind uns von einer Reihe anderer Pioniergruppen zugegangen.

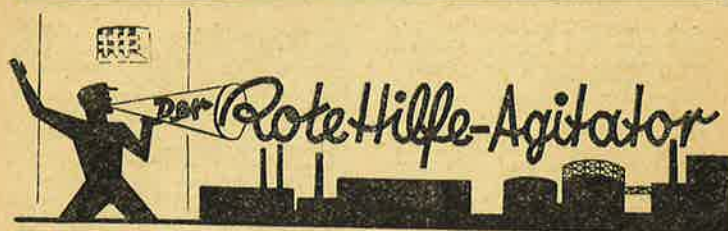
Die Leitungen müssen sich alle Mühe geben, den Pioniergruppen gute Anweisungen zu geben und insbesondere dafür zu sorgen, daß sie regelmäßig ihre Gruppennachmittage veranstalten und mit den Arbeiten vertraut werden, die den Geist des Klassenbewußtseins und der Solidarität wachrufen und pflegen. Dabei darf nie vergessen werden, daß es sich um die Erziehung von Kindern handelt, und daß darauf auch ihre Betätigung eingestellt werden muß. Sie sollen sich also in ihren Gruppennachmittagen außer der politischen Arbeit auch mit Spielen, Basteln, Zeichnen, Herstellung von Wandzeitungen, Briefwechsel mit anderen Pioniergruppen (Adressen bei der Pionierleitung anfordern), Einübung von Sprechchören und Stücken, revolutionären Liedern usw. beschäftigen. Eine der wichtigsten Aufgaben, die Pflege der internationalen Solidarität, die Aufnahme von Korrespondenz mit Pioniergruppen der Sowjetunion und anderen Ländern sowie insbesondere die Verbindung mit unseren Klassenkämpfern in den Gefängnissen, für die ein Brief unserer Kleinsten eine willkommene Freude und Ablenkung von ihren Qualen ist, darf nicht vernachlässigt werden. Alle Pioniergruppen nehmen Teil an den RH-Protessen gegen den internationalen weißen Terror und Faschismus!

Angesichts der weiteren Verschärfung der Gesamtsituation erwarten wir von allen Leitungen, daß sie den Aufbau von Pioniergruppen in allen Ortsgruppen in Angriff nehmen.

Streng zu beachten: Alle Post geht über die Reichspionierleitung.

„Jeder Arbeiter in der Sowjetunion weiß, daß aus seinem Fleiß und Schweiß nicht die Faulenzer und Wollüstlinge sich mästen können. Jeder weiß, daß er nicht wie die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern zu dem gequälten Arbeiterdasein auch noch den Spott und die Verachtung der herrschenden Klasse erdulden muß. Der Arbeiter in der Sowjetunion ist frei, kein Gummiknüppel tanzt auf seinem Rücken, gegen ihn werden keine Treibjagden durch die Straßen gemacht, kein Polizeirevolver knallt ihn nieder, gegen ihn werden in den Straßen der Großstädte und Industriezentren keine Tanks und Maschinengewehre aufgeföhren. Alles das, was heute in Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern „zum Schutze der Kultur und Zivilisation“ gegen die Arbeiterklasse an mörderischer Barbarei organisiert wird, kennt man in der Sowjetunion nicht. In der Sowjetunion gibt es keine Demonstrationsverbote gegen die Arbeiter, dort gibt es keine Presseverbote und Klassenjustiz gegen die Arbeiter, dort gibt es auch keinen faschistischen Mordterror und keinen mörderischen Faschismus gegen das Proletariat. Alle diese „göttlichen Kultureinrichtungen“ und modernen Gesellschaftspraktiken der „Zivilisation“ sind unter der proletarischen Diktatur undenkbar.“

Aus dem Werk von Hermann Remmele über „Die Sowjetunion“. Jeder Funktionär muß dieses grundlegende Werk über den Aufbau des Sozialismus lesen. Erschienen im Verlag für Literatur und Politik Wien-Berlin. Zwei Bände, jeder Band etwa 300 Seiten, in Ganzleinen 2,85 Mark.



Die steigende Welle der Verurteilungen ist ein Barometer für die Verschärfung des Klassenkampfes

Im Jahre 1929 gewährte die Rote Hilfe 4375 proletarischen politischen Angeklagten Rechtsschutz jeglicher Art. In 1717 Fällen stellte sie einen Verteidiger.

Im Jahre 1930 konnte die Juristische Zentralstelle der RHD von den über 20 000 proletarischen politischen Angeklagten

9468 Rechtsschutz jeglicher Art gewähren;

4771 erhielten einen Verteidiger.

Im Jahre 1931 = 35 000 proletarische politische Angeklagte. Davon erhielten 14 296 Rechtsschutz jeglicher Art;

10 212 bekamen einen Verteidiger gestellt.

Gegenwärtig sitzen 7000 proletarische politische Gefangene hinter Kerkerzittern.

Die Massenverhaftungen nehmen immer größere Formen an. 2000 Arbeiter innerhalb acht Tagen verhaftet.

Die Verhaftungen wurden fast ausschließlich bei Streiks gegen den Lohnraub vorgenommen. Die Massenverhaftungen enden mit der Verurteilung der Arbeiter zu vielen Jahren Kerker. Riesensummen müssen aufgebracht werden, den von der Klassenjustiz Verfolgten durch die Stellung von Rechtsschutz und Zahlung von Unterstützungen an die Opfer Hilfe zu bringen.

Im Jahre 1931 zahlte die Rote Hilfe allein für

| | |
|-----------------|-----------------|
| Rechtsschutz | 351 000,— Mark |
| Unterstützungen | 265 000,— Mark. |

Der Nazimordterror gegen die Werktätigen

Je mehr wir es verstehen, unseren ideologischen Einfluß unter den Anhängern der NSDAP zu vertiefen, je offener Hitler für die Maßnahmen der Brüning-Regierung gegen die werktätigen Massen eintritt, je mehr sich die Nazianhänger in Diskussionen mit der revolutionären Arbeiterschaft einlassen und politisch unsicher werden, desto mehr verstärken die Naziführer die Hetze unter ihrer Mitgliedschaft und besonders unter der SA zu terroristischen Aktionen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Die Mordhetze soll dazu dienen, den Kampfwillen in einer bestimmten Richtung — im Interesse der Bourgeoisie — auswirken zu lassen und die Zersetzung in den Reihen der nationalsozialistischen Anhängerschaft zu verhindern.

Oberpostsekretär Jenke, wohlbezahlter republikanischer Beamter aus Breslau, Reichstagsabgeordneter und ein bekannter schlesischer Führer der Nazi,

äußerte sich in einer in Löfflingen (Baden) gehaltenen Rede wie folgt:

„Kein Blutvergießen gibt es für solche, die mit Dreckhund, Schweineigel, Drecksau usw. tituliert werden. Nein, diese lassen wir baumeln. Es sollen ihnen nur die Zungen heraushängen und die Stricke müssen dick und stark sein, daß sie zum abschreckenden Beispiel auf lange Zeit hängen bleiben. Die Körper sollen nicht verfaulen, sondern ausdörren.“

Reichstagsabgeordneter Gregor Strasser, Reichsorganisationsleiter der NSDAP, führte in einer Versammlung am 5. Dezember 1931 in Stuttgart aus:

„Wir gehen in keine Regierung, wenn wir nicht das Heer und die Polizei in unsere Hände bekommen. Dann wollen wir dem deutschen Volke etwas vorerzieren. Wir wollen die legale, aber die Brachialgewalt im Staate deshalb, weil wir für die nächsten Jahre sehr unpopuläre Dinge

machen müssen. Wer nicht gehorcht, wird sehen, was mit ihm geschieht. Wir werden die stärksten Schützer des Privateigentums (der Großkapitalisten, d. Red.) sein und möglichst wenig in die Privatwirtschaft hineinrutschen, sondern die Unternehmer frei walten lassen. Marxisten gibt es, wenn wir regieren, nicht mehr. Wer sich zu irgendeiner Internationale bekennt, hört auf, Deutscher zu sein, und wer etwa „Heil Moskau“ rufen sollte, wird aufgehängt. Wenn wir regieren, kommt der Endkampf. Wenn wir versagen, kommt der Bolschewismus. Das wissen wir, und weil wir wissen, daß dann wir gehängt werden, sind wir so frei, vorher zu hängen und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen.“

Allein in den Jahren 1930/31 wurden von Nationalsozialisten 100 Arbeiter ermordet. Die Boxheimer Blutdokumente zeigen, wie die nationalsozialistischen Führer versuchen, die Mordhetze gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ins Unermeßliche zu steigern. Soweit es der NSDAP noch gelungen ist, Einfluß auf die werktätigen Schichten und in den Betrieben zu bekommen, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die Rolle der NSDAP als Stütze der Bourgeoisie nicht genügend

aufgezeigt worden ist. Viele Anhänger der NSDAP glauben, wenn sie nationalsozialistisch wählen, antikapitalistisch gewählt zu haben.

Bei systematischer Aufklärungsarbeit wird es uns gelingen, die Rolle der Nazi als Stütze der Durchführung der faschistischen Diktatur vor den werktätigen Massen zu entlarven und werden wir nicht nur irgendwelche Erfolge der Nazi verhindern, sondern die proletarischen Elemente aus der nationalsozialistischen Bewegung für den revolutionären Klassenkampf gewinnen. In der in diesen Tagen im „Tribunal“-Verlag erscheinenden Broschüre „Im Schatten des Hakenkreuzes“ ist eine Fülle von Material über die nationalsozialistische Bewegung, über den Mordterror der Nazi usw. enthalten. Die Broschüre ist nicht nur für unsere Funktionäre und Mitglieder ein wichtiges Material zur Erfüllung unserer Aufgaben auf dem Gebiete des Kampfes gegen den nationalsozialistischen Terror; es ist vielmehr notwendig, daß unsere Roten Helfer dafür sorgen, daß sie in die Hände eines jeden Werktätigen gelangt, um so zur ideologischen Aufklärung der Massen über die Rolle der NSDAP beizutragen. Geht sofort Bestellungen beim „Tribunal“-Verlag auf.

Die Faschisten können überhaupt nur geschlagen werden, wenn man die SPD, ihr Bündnis mit dem Faschismus, ihren Dienst für den Klassenfeind vor den Massen der Arbeiter enthüllt und diese von den SPD-Führern loslöst. . . .

Wir müssen einen Schritt weiter gehen in den Methoden dieser Politik zur Herstellung der roten Einheitsfront der Arbeiter aus allen Lagern zum gemeinsamen Klassenkampf. Wir müssen die SPD-Arbeiter durch kameradschaftliche Aufklärung und ihre eigenen Erfahrungen im gemeinsamen Kampf praktisch von der verräterischen Rolle ihrer Führer und von der Tatsache überzeugen, daß nur die KPD, daß nur wir für ihre eigenen Klasseninteressen ins Feuer gehen. Wir müssen überall den sozialdemokratischen Arbeitern die wichtigsten Kampfforderungen für die Herstellung der roten Einheitsfront vorschlagen, die sich gegen das Brüning-Severing-System, gegen die Diktatur der Bourgeoisie und ihre Stützen, gegen Hitler-Partei und sozialdemokratische Führerschaft richten.

Aus dem Artikel von Ernst Thälmann: „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Ueberwindung“, erschienen in: „Die Internationale“ Nov./Dex. 31, die jeder Rote Helfer lesen muß.

Verlag: „Tribunal“, With, Pieck, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 77/78.
Verantwortlich für den Inhalt: Tom Waibel, NW 7, Dorotheenstr. 77/78.
Druck: Kössinger, Berlin NO 55, Greifswalder Str. 133.

Jeder Rote Helfer

muß das Werk von Hermann Remmele

Die Sowjetunion

lesen.

I. Band. Aus dem Inhalt:

1. Kapitel: Die weltgeschichtliche Bedeutung des sozialistischen Aufbaues in der U.d.S.S.R.
2. Kapitel: Die Grundlagen der sozialistischen Entwicklung.
3. Kapitel: Die Entwicklung der sozialistischen Industrie.
4. Kapitel: Die sozialistische Entwicklung des Transports.
5. Kapitel: Die Lage der Arbeiterklasse.

II. Band. Aus dem Inhalt:

6. Kapitel: Die Sozialisierung der Landwirtschaft.
7. Kapitel: Das Finanz- und Kreditwesen. — Das Volkseinkommen.
8. Kapitel: Die Stellung der U.d.S.S.R. in der Weltwirtschaft.
9. Kapitel: Der Kulturbolschewismus.
10. Kapitel: Schwierigkeiten und „Schwierigkeiten“: Wer — wen?

erschieden im Verlag für Literatur und Politik, Wien—Berlin. Jeder Band etwa 300 Seiten in Ganzleinen 2,85 M.

Jeder Funktionär, jedes Mitglied der Roten Hilfe liest und verbreitet die Broschüren:

Amnestie

Helft und kämpft mit der Roten Hilfe

Bauernnot und Rote Hilfe

Gemeinsamer Kampf der Werktätigen in Stadt und Land

10000 Gekettete kämpfen

Der Terror in Polen. Der Henker Pilsudski übertrifft den Blutzaren.

Was will die Rote Hilfe?

Die grundsätzliche Schrift zur Massenwerbung für die Rote Hilfe.

Neu erschienen:

Arbeiter, Bauern, Soldaten hinter Gittern

Die Broschüre bringt äußerst wichtiges Material über das Leben und den Kampf von Karl Peters, Klaus Heim und Scheringer.

Im Schatten des Hakenkreuzes

Diese Broschüre muß in die Hände eines jeden Werktätigen. Sie enthält eine Fülle von Tatsachen über die nationalsozialistische Bewegung, den Nazimordterror usw.

Preis der Broschüren: 10 Pfg.

TRIBUNAL - VERLAG, Wilhelm Pieck, Berlin NW 7,
Dorotheenstr. 77/78.